



**STANDPUNKT**

## Verzichten statt entlassen

Grit Gernhardt fragt sich, wieso die VW-Mitarbeiter leiden sollen

Leiharbeiter werden in Konzernen seit Jahrzehnten mit großer Selbstverständlichkeit als Puffer für konjunkturbedingte Produktionsschwankungen eingesetzt: Bei guter Auftragslage werden sie eingestellt, bei schlechter sind sie die ersten, die wieder gehen müssen. Diese Praxis erspart Unternehmen wie VW die lästigen Diskussionen mit den Gewerkschaften, die bei Entlassungen der Stammbesetzung ein großes Wörtchen mitzureden hätten.

Deswegen sind die Leiharbeiter wohl auch diejenigen, die als erstes die Folgen des Abgasskandals zu spüren bekommen. Viele Verträge werden auslaufen und nicht verlängert werden, das deutete sich auf der Betriebsversammlung am Mittwoch an. Nach geltendem Recht ist daran leider nichts auszusetzen. Moralisch aber wird man sich die Frage stellen müssen, warum die insgesamt 6000 Leiharbeiter – immerhin ein Prozent aller VW-Beschäftigten – seit Jahren mithelfen, Milliarden Gewinne für den Konzern zu erwirtschaften, bei schlechten Aussichten wegen des von der Chefetage selbst verschuldeten Abgasskandals aber als erste die Konsequenzen tragen müssen.

Und nicht nur Leiharbeiter trifft es: Bonuszahlungen werden sich die Stammarbeiter nächstes Jahr abschminken können. Ob der Vorstand wenigstens mit gutem Beispiel vorangeht und freiwillig auf seine Boni verzichtet, ist dagegen unklar. Es würde den Autobauer nicht aus der Krise heilen, für das Unternehmensklima aber ein besseres Zeichen setzen als entsorgte Leiharbeiter.

**UNTEN LINKS**

Die Adventszeit ist uns Anlass, wieder einmal klarzustellen, dass die **Vorratsdatenspeicherung** keine Erfindung des modernen Kommunikationszeitalters ist, sondern mit dem Erscheinen der ersten Adventskalender Mitte des 19. Jahrhunderts zusammenfällt. Darauf sind nämlich die entscheidenden Daten gespeichert, die unmittelbar dem Heiligen Abend vorangehen. Bei diesem handelt es sich bekanntlich um ein ganz besonderes Vorratsdatum, das unbedingt gespeichert werden sollte. Denn in der Aufregung der Vorweihnachtszeit kann es schnell verloren gehen. Wenn es dann plötzlich klingelt und ein Roter mit Riesensack vor der Tür steht, der drohend die Balkanrute schwingt und das Deklamieren blöder Verse abfordert, sollte man tunlichst die notwendigen Instrumente zur Gegenwehr parat haben: Bartrüggerraketen, Mantelgeschosse, Pfeffernuss und Pfefferspray sowie eine Muh, wahlweise auch eine Mäh. Kerzenscheinargumente helfen da nur im Ausnahmefall. *ibo*

# Afrikas Opfer des Terrors

Islamistische Milizen haben auf dem Kontinent Tausende Menschen auf dem Gewissen



Rachel Daniels Tochter Rose ist von Boko Haram entführt worden. Mit Sohn Bukar hofft sie im nigerianischen Maiduguri auf ihre Rückkehr *Foto: Reuters/Joë Penney*

Berlin. In Kamerun sind am Mittwoch fast 900 Menschen aus der Gefangenschaft von Boko Haram befreit worden. Zuvor hatte es im Norden nahe der Grenze zu Nigeria tagelang Kämpfe mit der Miliz gegeben, dabei sollen rund 100 Terroristen getötet worden sein.

Eine gute Nachricht in Zeiten, die von Schlagzeilen über terroristische Anschläge in Europa und Anti-Terror-Kriegen beherrscht sind. Dabei rückt der mörderische Furor islamistisch verbrämter Milizen auf dem afrikanischen Kontinent eher selten in den Fokus der Öffentlichkeit. Auch der Kampf gegen Boko Haram, IS-nahe Banden und Al-Qaida-Ableger

von Mali bis Somalia bewegt die Politik hierzulande deutlich weniger. Dabei ist Boko Haram eine wahre Mordmaschine: Bei Anschlägen und Überfällen wurden seit 2009 mindestens 14 000 Menschen von der Miliz getötet. Im Jahr 2014 war Boko Haram – der Name bedeutet so viel wie »Bücher sind Sünde« – weltweit die Terrorgruppe, die die meisten Opfer forderte: über 6100 Menschen.

In Afrika sind vor allem der Nordosten Nigerias und angrenzende Gebiete von Kamerun, Niger und Tschad vom Terror betroffen. In Somalia ist vor allem die Terrormiliz Al Shabaab aktiv. Auch Mali wird immer wieder von

islamistisch verbrämtem Terror heimgesucht. Bisher sind die Versuche, der Gewalt Herr zu werden, so wenig erfolgreich wie die Bemühungen, die Ursachen und Hintergründe des Terrorismus in Afrika anzugehen.

Und so sterben weiterhin Tausende, sind Millionen auf der Flucht. Nach schlechten Nachrichten muss deshalb nicht lange gesucht werden: Ebenfalls am Mittwoch rissen in Kamerun zwei Selbstmordattentäterinnen mindestens sechs Menschen mit sich in den Tod. Der Anschlag in Waza im Bundesstaat Far North Region wurde ebenfalls Boko Haram zugerechnet. *tos* *Tagesthema Seite 2*

# NATO mit neuer Strategie gegen Russland

Bündnis will gegen »hybride Kriegsführung« vorgehen / Montenegro soll 29. Mitgliedsstaat werden

Die NATO setzt auf eine Strategie gegen »hybride Kriegsführung« – als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine. Russland fühlt sich indes von der Osterweiterung des Bündnisses provoziert.

Von Christian Klemm

Das Vorgehen Russlands in der Ukraine liegt den NATO-Staaten quer im Magen. Es quält sie so sehr, dass sie sich zum Handeln gezwungen sehen – und zwar mit einer Strategie gegen »hybride Kriegsführung«. Das teilte Generalsekretär Jens Stoltenberg am Dienstagabend beim Treffen der Außenminister der NATO-Länder in Brüssel mit. Da es aus ihrer Sicht um eine Mischung aus »militärischer und ziviler Bedrohung« gehe, wolle die Allianz ihr Vorgehen auch mit der Europäischen Union abstimmen, so der Norweger.

Bei »hybrider Kriegsführung« handelt es sich um Taktiken, die auf Täuschung und Verschleierung beruhen, sprich: Propaganda, Desinformation und wirt-

schaftlichen Druck. Aber auch verdeckt operierende Militäreinheiten werden unter diesem Stichwort gefasst. Der Westen hatte Moskau im Konflikt mit der Ukraine den Vorwurf gemacht, Propaganda und Desinformation zu verbreiten – seit Neuestem auch über soziale Netzwerke. Praktiken, die die NATO seit Jahrzehnten selbst anwendet.

Unterdessen haben die USA die anderen NATO-Mitglieder dazu aufgefordert, sich stärker als bisher an der Bekämpfung des Islamischen Staates (IS) zu beteiligen. »Ich habe jeden NATO-Verbündeten aufgerufen, den Kampf gegen IS zu verstärken, um den Kern der Organisation in Syrien und Irak zu treffen«, erklärte Außenminister John Kerry am Mittwoch. Man habe unter anderem um Spezialkräfte und Polizeiausbilder gebeten. Die deutsche Mobilisierung für den Kampfeinsatz hat Kerry begrüßt. Die Bundesrepublik will unter anderem »Tornado«-Aufklärungsjets in das Kriegsgebiet abkommandieren. Es

gehe jetzt darum zuzuschlagen, so der US-Minister, der sich zu einer Zusammenarbeit mit Russland bereit erklärte. Moskau könne ein »äußerst konstruktiver Akteur« in Syrien sein, sagte Kerry.

Derweil treibt die NATO ihre Osterweiterung weiter voran. Die Außenminister luden Montenegro dazu ein, das 29. Mitglied des Militärbündnisses zu werden. Stoltenberg nannte die Entscheidung historisch: »Sie macht klar, dass die NATO ihre Tür offen hält, um die Vision von einem geeinten, freien und friedlichen Europa zu verwirklichen.«

Die Bevölkerung der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik ist in Bezug auf die NATO-Mitgliedschaft gespalten. Laut einer Umfrage von Anfang Oktober wird sie von nur 50,2 Prozent der Montenegriner befürwortet. Wegen der Luftangriffe auf Belgrad 1999 genießt die Militärallianz in großen Teilen der Bevölkerung nicht den allerbesten Ruf.

Das Beitrittsangebot an den kleinen Balkanstaat schmeckt

Russland überhaupt nicht. Kremlsprecher Dmitri Peskow teilte mit, Moskau habe stets gewarnt, dass die NATO-Ausdehnung gen Osten zu »Gegenmaßnahmen« Russlands zum Schutz seiner Sicherheit und Interessen führen werde.

Seit dem Ende der Sowjetunion hat die NATO zwölf neue Mitglieder aus Ost- und Südosteuropa bei sich aufgenommen. Zuletzt wurde die NATO vor sechs Jahren um Kroatien und Albanien erweitert. *Mit Agenturen*

Seiten 3, 6 und 7

▶ **Heute auf Seite 18**  
**Gesund leben**

**Amaranth-Klöße statt Schokoriegel! Alte Getreidesorten können den Körper schneller und nachhaltiger mit Energie versorgen.**

## Überfälle auf Flüchtlinge

Maaßen warnt vor sinkender Hemmschwelle zur Gewalt

Plauen. In zwei Fällen haben Unbekannte in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Flüchtlinge attackiert. Im vorpommerschen Eggesin schilderten zwei 29 und 26 Jahre alte Afghanen, wie vier Angreifer sie zu Boden rissen und auf sie eintraten. Die Opfer kamen nach dem Vorfall vom Dienstag mit leichten Verletzungen ins Krankenhaus, wie die Polizei am Mittwoch mitteilte.

Im sächsischen Plauen überfielen etwa zehn Jugendliche am Dienstag zwei Somalier. Nach bisherigen Ermittlungen beleidigten, bedrängten und schlugen Mitglieder der Gruppe die beiden, als sich diese ein Straßenticket kaufen wollten. Einem der Somalier wurden demnach 200 Euro gestohlen.

Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hat indes vor einem Sinken der Hemmschwelle zur Gewalt gewarnt. Wenn legale Parteien wie die NPD bei Demonstrationen wegen angeblicher »Notwehr gegen Flüchtlinge« verbal zu Gewalt aufriefen, dann werde »der Weg vom Wort zur Tat kürzer«, sagte Maaßen der »Zeit«. *dpa/nd* *Seite 5*

## VW-Leiharbeiter bangen um die Jobs

Brüssel plant Ausschuss zur Affäre – Italien durchsucht Porsche-Büros

Brüssel. In der VW-Abgasaffäre kommen weitere Untersuchungen auf den Autobauer zu: Das EU-Parlament plant nach Angaben aus Parlamentskreisen einen Untersuchungsausschuss. Die Fraktionschefs befürworteten am Mittwoch mehrheitlich ein solches Gremium.

Unterdessen durchsuchte die Finanzpolizei in Italien die Büros der VW-Tochter Porsche. Beschlagnahmungen gab es nicht.

Konzernintern fürchten die Mitarbeiter immer mehr um ihre Jobs. Auf einer Betriebsversammlung am Stammsitz Wolfsburg forderte der Vorsitzende des Betriebsrats, Bernd Osterloh, Klarheit über die Zukunft der Leiharbeiter. Für Wolfsburg gebe es zwar kurzfristige Entwarnung – die Jobs der Leiharbeiter seien zumindest für das erste Quartal 2016 gesichert. Die Verträge der rund 300 Leiharbeiter im Nutzfahrzeugwerk in Hannover laufen dagegen Ende Januar aus. Durch die Abgasaffäre erhalte die Stammbesetzung zudem 2016 keinen Bonus, so Osterloh. Er forderte den Vorstand auf, ebenfalls auf seine Boni zu verzichten. *Agenturen/nd* *Seite 17*

## 23 000 Zuschüsse für Bestattungen

Kommunen gaben 59 Millionen Euro für Armenbegräbnisse aus

Passau. Die Kommunen in Deutschland haben im vergangenen Jahr rund 59 Millionen Euro für sogenannte Armenbegräbnisse erstattet. Am meisten gab mit 16,2 Millionen Euro dabei laut einem Bericht der »Passauer Neuen Presse« vom Mittwoch das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen aus. Das Blatt berief sich auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der LINKEN-Bundestagsfraktion.

Die Zahl der Empfänger der Sozialbestattungskosten lag mit 23 010 Menschen der Zeitung zufolge zwar etwas unter dem Niveau des Jahres 2013, als 60,6 Millionen Euro ausgegeben wurden. Die LINKEN-Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann sagte dem Blatt, sie erwarte aber aufgrund der zunehmenden Altersarmut und sich ausbreitender prekärer Beschäftigung einen weiteren Anstieg von Sozialbestattungen. »Angesichts der damit steigenden finanziellen Belastung der Kommunen ist zudem zu befürchten, dass die Kommunen die Kostenübernahme absenken könnten.« *AFP/nd*